

Forumsveranstaltung der CVP Rütli vom 2. November 2006 "Wie viele Fremdsprachen an der Primarschule?"

*Am 26. November sind die Zürcher Stimmbürger aufgerufen zur Initiative „Nur eine Fremdsprache an der Primarschule“ Stellung zu beziehen. Die CVP Rütli lud deshalb am 2. November zu einer Podiumsdiskussion über diese Vorlage ein. François Fleury durfte im Namen der Parteileitung eine grosse Zuhörerschaft von über 50 Personen begrüssen, darunter auch einige Jugendliche. Auf dem Podium Platz genommen hatten **Dr. Hannes Geiges**, Kinderarzt in Rütli, **Christine Le Pape**, Fachspezialistin für Fremdsprachen, **Karin Maeder-Zuberbühler**, Kantonsrätin SP und **Peter Toller**, Reallehrer in Gossau. Geleitet wurde die Diskussion von **Patrick Hächler**, Kantonsrat CVP.*

Zu Beginn des Abends legten beide Seiten ihre Argumente für oder gegen die Initiative dar. Im Vordergrund für die Gegner stand die bildungspolitische Landschaft in der Schweiz, wonach die Mehrheit der Kantone den Weg in Richtung 2 Fremdsprachen an der Primarschule beschreite. Zudem sei wichtig, dass die Schweiz im europäischen Vergleich mitziehen könne wo ebenfalls die Mehrsprachigkeit als eines der zentralen Elemente in der Schulbildung postuliert werde. Aber auch die Bewusstwerdung von verschiedenen Sprachen und die Tatsache, dass frühes Lernen einfacher falle als spätes seien wichtige Argumente gegen die Initiative. Lernen sei wichtig und dürfe nicht verboten werden.

Die Befürworter der Initiative nahmen v.a. auf die Erfahrungen im täglichen Umgang mit Jugendlichen und die Konsequenzen einer zweiten Fremdsprache Bezug. Eine zu starke Fokussierung auf die sprachlichen Fähigkeiten belaste nicht sprachlich begabte Kinder über die Massen und schaffe grosse Probleme in Fragen des Übertritts in die Oberstufe. Daneben würden andere Werte wie soziale Kompetenzen, handwerkliche Fertigkeiten, etc. vernachlässigt. In Frage gestellt wurde zudem die Effektivität der Einführung einer Fremdsprache mit nur 2 Wochenstunden. Die Initiative wolle Lernen keineswegs verbieten – auf freiwilliger Basis sei auch die zweite Fremdsprache möglich.

Im Anschluss an die Präsentationen hatten die Anwesenden Gelegenheit den Vertretern beider Lager Fragen zu stellen. Im Vordergrund standen v.a. Fragen rund um die Umsetzung der zweiten Fremdsprache und deren Konsequenzen. Themen wie Unter- oder Überforderung wurden angesprochen aber auch die Unterschiede zwischen den theoretischen und politischen Überlegungen und Zielsetzungen und den Erfahrungen im Schulalltag.

Die Diskussion wurde intensiv geführt und beide Positionen und ihre Vertreter wurden herausgefordert. Die zur Verfügung stehende Zeit reichte bei weitem nicht aus um alle offenen Punkte zu beantworten. Zum Ausdruck kam dann auch, dass noch ein grosses Mass an Verunsicherung besteht. Beide Lager sind aufgefordert vor der anstehenden Abstimmung noch möglichst viel an Informationsarbeit zu leisten.